

24/4.1

3620. Tagung des Rates der Europäischen Union „Wettbewerbsfähigkeit“ (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt), Brüssel, 28./29.05.2018 – Bericht

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Am **28. und 29. Mai 2018** fand in Brüssel die formelle Tagung des Rates der Europäischen Union für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt) statt. Österreich wurde beim **Wirtschaftsteil** am 28. Mai 2018 durch Botschafter Dr. Thomas **Oberreiter** vertreten, ebenso beim Teil **Raumfahrt** am 29. Mai 2018. Die österreichischen Prioritäten im Bereich Raumfahrt wurden durch HBM Univ.-Prof. Dr. Heinz **Faßmann** präsentiert, der den zuständigen Fachminister HBM Ing. Norbert Hofer vertrat. Beim **Forschungsteil** am Nachmittag des 29. Mai 2018 wurde Österreich durch HBM Univ.-Prof. Dr. Heinz **Faßmann** vertreten.

Teil I: Binnenmarkt und Industrie

Der Vorsitz über die formelle Ratstagung (Wirtschaftsteil) wurde vom **bulgarischen Wirtschaftsminister Emil Karanikolov** wahrgenommen. Die Europäische Kommission war durch den Vizepräsidenten der Kommission **Andrus Ansip** (Digitaler Binnenmarkt), Kommissarin **Elżbieta Bieńkowska** (Binnenmarkt, Industrie und Unternehmertum, sowie kleine und mittlere Unternehmen) und Kommissarin **Věra Jourová** (Justiz, Verbraucher und Gleichstellungsfragen) vertreten.

Einleitend erfolgte ein Gedankenaustausch im Rahmen des **"Check-ups" der Wettbewerbsfähigkeit** zu Verknüpfungen zwischen dem Binnenmarkt und der industriellen Wettbewerbsfähigkeit. Hervorgehoben wurde die wichtige Rolle eines gut funktionierenden Binnenmarkts für die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Diese hänge ebenfalls von verschiedenen wirtschaftlichen Faktoren ab, wie der Integration der Wertschöpfungsketten, welche für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum sorgen. Angesichts unvollständiger Daten, bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, wurde die umfangreiche Arbeit von Österreich im Bereich der Erstellung quantitativer Indikatoren begrüßt.

Anschließend konnte eine Einigung des Rates über eine **Allgemeine Ausrichtung zur Verordnung über die gegenseitige Anerkennung im Bereich des Binnenmarktpakets für Waren** erzielt werden. Zweck des Vorschlages ist es, dem bereits bestehenden Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, zu einer besseren Umsetzung und verstärkten Anwendung zu verhelfen. Alle, in der EU in einem Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebrachten nicht-harmonisierten Waren, sollen in Zukunft problemlos und unkompliziert in allen Märkten zugelassen werden, sofern keine berechtigten öffentlichen Interessen eines Mitgliedstaates entgegenstehen. Österreich bekräftigte seine Absicht, als zukünftiger Vorsitz – sobald das Europäische Parlament dazu bereit sei – die Trilogverhandlungen zügig einzuleiten, mit dem Ziel eines baldigen Abschlusses. Österreich betonte, dass die Vertiefung des Binnenmarktes und die Verbesserung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung als zentrales Anliegen betrachtet werde. Man sehe darin vor allem ein Instrument zur Stärkung von KMU.

Daraufhin erfolgte eine erste **Orientierungsaussprache zur Verordnung zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Onlinevermittlungsdiensten**. Die Bedeutung von Online-Plattformen für Wachstum und Innovation wurde unterstrichen. Analysen hätten allerdings gezeigt, dass gewisse Praktiken der Online-Plattformen zum Nachteil der Unternehmen und Nutzer seien, die der vorliegende Vorschlag anzugehen versuche. AT unterstrich, dass die Abhängigkeit von Unternehmen durch Online-Plattformen oft ausgenutzt werde. Während der österreichischen Ratspräsidentschaft werde v.a. eine qualitative Auseinandersetzung mit den angestrebten Zielen des Vorschlags und seinen Auswirkungen auf andere Rechtsgebiete wesentlich sein. Von zentraler Bedeutung werde sein, dass KMU im Ergebnis eine bessere Rechtslage vorfinden und diese auf Augenhöhe mit Plattformen verhandeln könnten.

Der informelle Gedankenaustausch beim Mittagessen der Minister erfolgte zum Thema **Künstliche Intelligenz**. Unter den sonstigen Tagesordnungspunkten erfolgten Informationen der Kommission zum **Stand im Bereich des digitalen Binnenmarktes** und jüngsten Initiativen wie etwa dem dritten Datenpaket oder dem Programm „Digitales Europa“. Ebenso erfolgten Informationen des Vorsitzes zum **Sachstand beim Urheberrechtspaket** hinsichtlich der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt und der Verordnung über Regeln zur Ausübung des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in Bezug auf bestimmte Akte der Online-Übertragung von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen. Von der Kommission wurde weiters das Maßnahmenpaket **"Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher"** präsentiert. Ebenso erfolgten von der Kommission Informationen zum **Paket zum Gesellschaftsrecht** bezüglich der Richtlinie für den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht und der Richtlinie für grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen. Aus dem Bereich des Tourismus erfolgten Informationen des Vorsitzes zum **Ergebnis der Initiativen und Konferenzen im ersten Halbjahr 2018**. Darauffolgend präsentierte der Vorsitz den Sachstand zum **Einheitlichen Patent und zum Einheitlichen Patentgericht**. Von der Kommission wurden Informationen zum Vorschlag für eine **Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 469/2009 über das ergänzende Schutzzertifikat (ESZ) für Arzneimittel** präsentiert. Nachfolgend erfolgten Informationen des Vorsitzes zum **Meeting des Solvit-Netzes in Sofia vom 19./20. April 2018**. Abschließend erfolgte eine Präsentation Österreichs zum **Arbeitsprogramm des nächsten Vorsitzes**.

Teil II:

Raumfahrt

Den Vorsitz im Teil Raumfahrt führte der bulgarische Minister für Wirtschaft, Emil Karanikolov; die Europäische Kommission war durch die Kommissarin Elżbieta Bieńkowska (Binnenmarkt, Industrie und Unternehmertum sowie kleine und mittlere Unternehmen) vertreten.

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache zur **Zukunft der europäischen Raumfahrtspolitik**. **Österreich** betonte, die Flaggschiff-Projekte Copernicus und Galileo hätten Priorität für Österreich. Copernicus sei bereits der weltgrößte Anbieter von Erdbeobachtungsdaten, Galileo müsse jedenfalls 2020 voll in Betrieb sein, damit Europa in seiner Weltraumpolitik glaubwürdig bleibe. Entscheidend sei die Unterstützung des User Uptake: Österreich habe daher eine entsprechende Initiative gestartet. Die EK müsse dafür sorgen, dass die Daten in Europa zum Standard werden, insb. Galileo/EGNOS im Flugverkehr. Der MFR-Vorschlag der EK werde als gute Ausgangslage unterstützt. Es brauche Synergien mit verschiedenen Politikbereichen. So konnten auf der Grundlage eines aus nationalen Mitteln geförderten Projekts im Rahmen der Einwicklungshilfe mehr als 40 Brunnen in Afrika gebohrt werden: Copernicus-Daten liefern also auch Wasser. Österreich führe schon seit langem erfolgreich ein Raumfahrtprogramm durch und habe bislang 100 Mio. EUR in Projekte investiert. Schließlich veranstalte Österreich, um v.a. das Interesse junger Unternehmer und Forscher zu wecken, den sog. "Copernicus Hackathon".

Im Anschluss an die Orientierungsaussprache erläuterte der Generaldirektor der ESA, Johann-Dietrich Wörner, die Position der ESA und trat angesichts der großen Herausforderungen wie Klimaschutz, Sicherheit, Lebensqualität und Nachhaltigkeit für ein "United Europe in Space" ein.

Unter dem Tagesordnungspunkt „**Sonstiges**“ informierte der Vorsitz über die Ergebnisse der Veranstaltungen zum Thema Raumfahrt vom 17. bis 19. April 2018 in Sofia. In weiterer Folge stellte BM Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann, der den zuständigen Fachminister BM Norbert Hofer vertrat, das Programm des kommenden österreichischen Vorsitzes vor. Prioritäten seien Galileo/EGNOS und Copernicus, um Herausforderungen wie Klimawandel, Migration oder Landwirtschaft zu begegnen. Auch müssten Fragen der Governance gelöst und ein gemeinsamer Weg von EU und ESA gefunden werden, ohne Doppelarbeiten zu erzeugen.

BM Faßmann verwies auf die wichtigsten Termine und Ministerkonferenzen unter AT VS und betonte, Österreich habe bereits mit dem ESA-Vorsitz Spanien vereinbart, auf Ministerebene zusammenzuarbeiten.

Forschung

Der Rat nahm als ersten Punkt **Schlussfolgerungen zur Europäischen Cloud für offene Wissenschaft** sowie **Schlussfolgerungen zur beschleunigten Verbreitung von Wissen in der Europäischen Union** an.

Anschließend wurde der **Fortschrittsbericht bezüglich der Verordnung zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen** zur Kenntnis genommen und die Gremien des Rates aufgefordert, intensiv daran zu arbeiten, eine Allgemeine Ausrichtung ehestmöglich zu erreichen.

Für die Verlängerung der **Verordnung über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2019-2020) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation "Horizon 2020"** wurde eine Allgemeine Ausrichtung angenommen. LU kündigte an, sich der Stimme zu enthalten, weil man künftig mehr Aktivitäten und Investitionen in erneuerbare Energien sehen wolle. **Österreich** betonte die Bedeutung der Sicherheitsforschung, hielt aber zugleich fest, dass man weiterhin kritisch sei in Hinblick auf die Nutzung von Nuklearenergie, weshalb sich Österreich ebenfalls der Stimme enthalte. Beide Staaten hatten schon vorab entsprechende Protokollerklärungen eingebracht. Der Vorsitz stellte die Annahme einer Allgemeinen Ausrichtung einschließlich der Aufnahme der beiden Protokollerklärungen fest.

In der folgenden **Orientierungsaussprache zur Rolle von Forschung und Innovation im Rahmen des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR)** begrüßten die Delegationen die Schwerpunktsetzung auf Forschung und Innovation. Betont wurden Exzellenz und grenzüberschreitende und sektorale Zusammenarbeit als Schlüsselprinzipien. Die Missionsorientierung und die Einrichtung eines Europäischen Innovationsrates erachteten die anwesenden Delegationsleiterinnen und Delegationsleiter als grundsätzlich positiv. Unterstrichen wurde auch die Bedeutung von Synergien zwischen verschiedenen Finanzierungsquellen des MFR, um größtmögliche Wirkung und Mehrwert zu erzielen.

HBM Faßmann beurteilte die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Budgeterhöhung für Forschung und Innovation positiv; gefördert werden müsse exzellente Forschung, keine Mittelmäßigkeit. Zudem müssten relevante Themen aufgegriffen werden, die die Gesellschaft und die Wirtschaft bewegen. Darüber, wie man zu relevanten Themen kommt, gäbe es unterschiedliche Vorstellungen, eine breite Diskussion sei notwendig, die auch von der Gesellschaft getragen wird. 7 Jahre für ein Programm seien eine lange Zeit, da brauche es ein gewisses Maß an Flexibilität, daran müssten sich auch nationale Förderagenturen ausrichten. Es stelle sich die Frage, ob man Alignment will – das heißt eine Abstimmung und Verstärkung der europäischen Themen – oder Komplementarität der nationalen und europäischen Förderungen. Abschließend ersuchte BM Faßmann seine Ministerkolleginnen und -kollegen darum, sich in den anstehenden Verhandlungen über „Horizon Europe“ unter österreichischer Präsidentschaft auf die Diskussion der wichtigen inhaltlichen Fragen einzulassen, unabhängig von der Budgetdiskussion, die im Moment auf anderer Ebene geführt werde.

Unter dem letzten Tagesordnungspunkt **Sonstiges** präsentierte **HBM Faßmann** das **Arbeitsprogramm des kommenden österreichischen Vorsitzes ab 1. Juli**. Er erläuterte, dass das politische Umfeld im Moment nicht einfach sei - der MFR sei noch nicht verhandelt, die Austrittsverhandlungen zum Brexit noch nicht abgeschlossen, von der österreichischen Präsidentschaft werde dennoch erwartet, viele Dossiers zu behandeln und zu finalisieren.

Das **Motto der Ratspräsidentschaft – „Ein Europa das schützt“** – adressiere viele Dimensionen, vom Schutz vor illegaler Migration bis zum Schutz vor Unsicherheit und dem Schutz der Außengrenzen, um künftig adäquate Reaktionen der EU auf Krisen wie die Migrationskrise 2015/2016 gewährleisten zu können. Eine weitere Dimension sei der Schutz vor Wohlstandsverlust durch den Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Gute Nachbarschaftsbeziehungen und das Heranführen des Westbalkans an die EU seien eine weitere Priorität von Österreich, ebenso wie Subsidiarität und Bürgernähe. Unter dem Motto

„Building Bridges“ werde sich Österreich der Stärkung der EU als Gemeinschaft widmen, auch in einem geopolitischen Kontext, ein weiteres Anliegen der kommenden Ratspräsidentschaft.

Für das nächste Forschungsrahmenprogramm der Jahre 2021 bis 2027 „**Horizon Europe**“ solle eine Kombination aus Qualität und Tempo die Verhandlungen prägen, wobei der Fokus aber auf der inhaltlichen Diskussion liege. Verbindungen zu anderen sektoralen Politikbereichen seien zentral, zum Beispiel im Bereich Hochleistungsrechnen, der European Open Science Cloud oder im Zusammenhang mit der Initiative zu den europäischen Universitäten-Netzwerken.

HBM Faßmann lud seine Kolleginnen und Kollegen zum informellen Treffen der Forschungsminister/innen ein, das am 16./17. Juli in Wien stattfindet. Für dieses Treffen sei ein erster Austausch zu „Horizon Europe“ geplant. Darüber hinaus kündigte er die formellen Sitzungen der WBF-Räte im Herbst an (27./28. September und 30. November in Brüssel). Österreich hoffe, beim letzten Rat eine ambitionierte Einigung erreichen zu können, in Form von Fortschrittsberichten oder, noch besser, in Form einer Teilweisen Allgemeinen Ausrichtung.

Abschließend wies **HBM Faßmann** auf eine Reihe an Konferenzen zu diversen wissenschaftlichen Themen auf Expertenebene in Wien hin, zu denen Österreich herzlich einlädt.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 28. Juni 2018

Der Bundesminister:
Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann

Der Bundesminister:
Ing. Norbert Hofer

Die Bundesministerin:
Dr. Margarete Schramböck